

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Euratom und die europäische Einheit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1956) : Euratom und die europäische Einheit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 36, Iss. 7, pp. 370-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132307>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Europa: Atomunion

Was verspricht sich Europa von der „Euratom“?

Unterschiedliche Ausgangspunkte erschweren die Einigung

BUNDESREPUBLIK: Realistische Einschätzung des Möglichen

Bonn, 15. Juli
Die Einstellung der Bundesregierung zu der geplanten Atomgemeinschaft der 6 Schumanplan-Länder ist realistischer, als auf Grund ihrer Einschätzung der Montanunion erwartet werden kann. Hierzu hat die Entfernung von der Niederlage um ein weiteres Jahr fünf ebenso beigetragen wie die schlechten Erfahrungen mit der am Widerstand des französischen Parlaments gescheiterten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Sieht man einmal von den Bewertungsunterschieden ab, die zweifellos innerhalb des inhomogen gewordenen zweiten Kabinetts Adenauer bestehen, so zeigt sich diese veränderte Einstellung der Bundesregierung zu europäischen Integrationsprojekten ganz deutlich in drei Punkten:

1. Die Bedeutung einer Atomgemeinschaft von 6 Ländern, in die Frankreich einige, Belgien und Holland wenige, Italien, Luxemburg und die Bundesrepublik so gut wie keine Atomanlagen einzubringen haben, wird nicht überschätzt.

OEEC-Lösung ist vorteilhafter

Man ist sich bewußt, daß in dieser ungünstigen Ausgangslage für einen Atompool ein großes Manko liegt. Man weiß auch, daß andere europäische Länder, insbesondere die dritte Atommacht der Welt, Großbritannien, von der Möglichkeit des Beitritts zur Euratom keinen Gebrauch machen werden. Falls darüber noch eine Illusion bestanden haben sollte, so ist selbst diese Wunschvorstel-

lung nach dem letzten Besuch des französischen Staatssekretärs Faure im Foreign Office und den eindeutig distanzierenden Äußerungen britischer Kabinettsmitglieder im Unterhaus verfliegen. Dieser Erkenntnis, die in den wirtschaftsnahen Ressorts früher vorhanden war als im Auswärtigen Amt und im Bundeskanzleramt, ist es zu verdanken, daß die Idee für eine Zusammenarbeit der 17 OEEC-Länder auf nuklearem Gebiet auch in Bonn auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Bietet sie doch gegenüber der Euratom den Vorteil, daß ein um die Erfahrungen Großbritanniens, Skandinaviens und der Schweiz bereicherter Austausch stattfinden kann. Die hier und da zunächst als Nachteil empfundene lockere Bindung im Rahmen der OEEC könnte sich in der Zukunft für die Bundesrepublik als Vorteil erweisen, denn es ist nicht ausgeschlossen, daß die auf den ersten Blick vielleicht reizvollere engere Bindung im Rahmen der Euratom für Westdeutschland mehr Hypothesen bringt als für seine Partnerländer.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an die noch ungeklärte Frage der militärischen Verwendung der Kernenergie, mag sie nun für alle Euratom-Länder auf die Dauer von 4—5 Jahren ausgeklammert werden, zu einer gemeinsamen Atomrüstung aller Euratom-Länder führen oder zu einem Vorbehalt der Atomrüstung für die Grande Nation bei gleichzeitiger Erneuerung der Verpflichtung der Bundesrepublik, auf die

Herstellung von Atomwaffen im Bundesgebiet zu verzichten. Bei dem gegenwärtigen Stand der Entwicklung in Paris muß die Bundesregierung, wenn sie eine offensichtliche Diskriminierung vermeiden will, in Brüssel unmißverständlich ihre Meinung zu Protokoll geben, daß eine etwaige Aufspaltung der Euratom-Länder in Atomrüstungs- und Nichtatomrüstungs-Länder eine völlig neue Situation schaffen würde, die eine Überprüfung der bisherigen Konzeption erforderlich macht.

Ein französisches Junktim

2. In Übereinstimmung mit den Messina-Beschlüssen hält die Bundesregierung an der gleichzeitigen Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes und der Euratom fest.

Es wird ihr nicht leicht gemacht, diesen Standpunkt aufrechtzuerhalten. Frankreich versucht nicht erst seit der Außenministerkonferenz von Venedig, diese Synchronschaltung zu verhindern. Man muß der französischen Diplomatie bescheinigen, daß sie im Vorbringen neuer Argumente und Vorschläge einfallreich und wendig ist. Das Auswärtige Amt kann in dieser Hinsicht nur vom Quai d'Orsay lernen. Das Wort „Junktim“ ist für uns Deutsche ein häßliches Wort. Jetzt, wo wir es zum ersten Male in einem für uns vorteilhaften Sinne gebrauchen könnten, zeigen uns die Franzosen, wie man diesen Begriff seines Kerns berauben kann, so daß nur noch die Wortschale übrig bleibt. Konkret gesprochen, heißt das: Paris wird, wenn überhaupt, nur ein Junktim akzeptieren, das in Wirklichkeit

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

keines mehr ist. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorhersagen zu können, daß Bonn im Laufe der Brüsseler Vertragsverhandlungen vor die Wahl gestellt werden wird, entweder den Plan zur gleichzeitigen Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes und der Euratom aufzugeben oder eine Junktim-Regelung durchzuhalten, die wohl eine Euratom-Behörde schafft, aber keinen Gemeinsamen Markt. Dem deutschen Interesse wäre es sicherlich förderlicher, wenn die Handlungsfreiheit der deutschen Regierungsdelegation, die zunächst noch auf den starren Integrationskurs des Auswärtigen Amtes eingeschworen ist, durch entsprechende Weisungen der Bundesminister Erhard und Strauß eingeschränkt würde. Dies braucht nichts an der grundsätzlichen Bereitschaft der Bundesregierung zu ändern, nach Kräften und zu gleichen Bedingungen am europäischen Einigungswerk mitzuwirken. Es ist aber nicht einzusehen, warum Bonn gewisse Lösungen annehmen soll; bloß weil Paris erklärt, in der Nationalversammlung seien Gemeinsamer Markt und Euratom nicht durchsetzbar. Die Zeit der Vorleistungen sollte zu Ende sein. Im übrigen kann keine französische Regierung garantieren, daß der paraphierte Vertrag auch ratifiziert wird. Diese Gefahr besteht um so mehr, je länger sich die Vertragsverhandlungen hinziehen. Spottvögel sagen bereits, das Problem der Kernfusion werde eher gelöst sein als die Euratom-Streitfragen.

Keine Sonderrechte

3. Erfreulicherweise hat sich in Regierungskreisen die Auffassung durchgesetzt, daß die Euratom auf dem Gebiet der internationalen Atom-Zusammenarbeit nicht das Alpha und Omega ist.

Die drei Thesen des Atomministers Strauß sind inzwischen Allgemeinut geworden:

a) In der Frage „Euratom“ und OEEC darf es kein Entweder — Oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch geben. Anzustreben ist eine Regelung, bei der die Euratom nur einen engeren Zusammenschluß der 6 Schumanplan-Länder innerhalb des größeren OEEC-Rahmens darstellt.

b) Die Bundesregierung kann nur einer Euratom-Lösung zustimmen, bei der gewährleistet ist, daß die neue supranationale Behörde kein Kernbrennstoff-Monopol, kein Konzessionsrecht für nationale Kernspaltungsanlagen und kein Ausschließlichkeitsrecht für den Abschluß von Atomabkommen mit dritten Ländern erhält.

c) Für den Fall, daß ein oder mehrere Euratom-Mitgliedsländer die Kernenergie für militärische Zwecke verwenden wollen, dürfen die übrigen Länder, die die Atomenergie entweder aus freien Stücken oder auf Grund vertraglicher Verpflichtungen nur für friedliche Zwecke verwenden, nicht benachteiligt werden, angefangen bei der Uranerzversorgung und aufgehört

bei dem Austausch von Atom-Informationen.

Von diesen Einschränkungen abgesehen, unterstützt die Bundesregierung aktiv die Bestrebungen zur Schaffung der Atomgemeinschaft der 6 Schumanplan-Länder. Sie verbindet damit nicht nur die Erwartung, daß damit der europäische Einigungsprozeß gefördert wird, sondern auch die Erwartung, daß es der vereinten Kraft der 6 Länder eher gelingen wird, den Rückstand Europas und damit jedes westeuropäischen Landes auf dem Gebiet der Erforschung und Verwertung der Kernenergie gegenüber Amerika und Rußland aufzuholen, als es im Alleingang jedes dieser Länder möglich sein könnte. (W. F.)

GROSSBRITANNIEN: Des eigenen Vorsprungs bewußt

London, 12. Juli

Wenn die zeitweise betont kühle Haltung der britischen Regierung gegenüber dem Euratom-Projekt im Ausland verstimmt hat, so muß man vom englischen Standpunkt hinzufügen, daß sie auch in der britischen Wirtschaft und Öffentlichkeit Kritik auslöst. Großbritannien hat sich in der Atomwirtschaft einen führenden Platz sichern können und kann deshalb seinen Nachbarn mit Rat und Tat helfen. Im laufenden Finanzjahr werden fast 70 Mill. £ aus öffentlichen Mitteln für atomare Zwecke ausgegeben; die britische Atomenergiebehörde hat bis heute 200 Mill. £ in Anlagen investiert. Gleichzeitig haben britische Großunternehmen Millionenbeträge für Forschung und Konstruktion aufgewandt; eines von ihnen, Associated Electrical Industries, wird vor Ende nächsten Jahres Englands ersten privaten Atommeiler mit von der staatlichen Atomenergiebehörde zu lieferndem Uraniumbrennstoff in Betrieb setzen. Ein Exportauftrag für einen großen Forschungsreaktor für Australien dürfte demnächst definitiv placiert werden. Japan will eine genaue Kopie der ersten britischen Atomkraftwerke kaufen. In kurzer Zeit hofft man in England schon für 25 Mill. £ jährlich Atomforschungs- und -kraftwerksausrüstungen in das europäische Ausland

und überseeische Gebiete verkaufen zu können.

Eigene Wege der Forschung

Englands Atomwissenschaftler sind hinsichtlich ihrer Fähigkeit, technisch und wirtschaftlich leistungsfähige Anlagen zu erstellen, sehr zuversichtlich, und es ist interessant, daß sie gerade in den letzten Monaten zunehmendes Selbstvertrauen an den Tag legen. Die Konzentration des Forschungsaufwandes auf die einfachsten, mit natürlichem Uranium arbeitenden Prozesse einerseits und die fortgeschrittensten, auf Plutonium aus den ersten Atomkraftwerken basierenden Verfahren andererseits, durch die sich die britische Atomwirtschaft von der verschiedenen Zwischenstufen bevorzugen den amerikanischen unterscheidet, scheint sich für England als richtig zu erweisen. Die wegen des Kohlenmangels forcierte Planung von 16 Atomkraftwerken zur sukzessiven Inbetriebnahme im Jahrfünft 1960—1965 führt zwar zu gewaltigen Kernbrennstoffproblemen, aber auch hier werden die Aussichten günstiger beurteilt, seitdem das neue Atomabkommen mit den USA die Möglichkeit eines Austausches von verbrauchten Elementen aus Großbritannien gegen die in Amerika im Überfluß vorhandenen angereicherten Kernbrennstoffe geschaffen hat.

Diese Möglichkeit ist von besonderer Bedeutung, weil eine gesicherte Lieferbasis für Uranium für die Ausfuhr von Atomausrüstungen entscheidend ist. Die britische Atomenergiebehörde ist sich dieser Tatsache voll bewußt, mußte aber bis vor kurzem Lieferversprechen mit Bedingungen hinsichtlich Plutoniumextraktion und Aufarbeitung verbrauchten Brennstoffs einengen. Die Erwartung einer baldigen Besserung auf diesem Gebiet und die über Erwarten raschen Fortschritte hinsichtlich der Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der kapitalintensiven Atomenergieerzeugung scheinen auch die britische Regierung bestimmt zu haben, eine aktivere Atompolitik gegenüber ihren europäischen Nachbarn ins Auge zu fassen. Bilaterale Abkommen wurden in den letzten 12 Monaten mit einer Reihe von Ländern (einschließlich Frankreichs, Belgiens und Dänemarks) abgeschlossen, und man erwartet in London, daß im Herbst auch ein Abkommen mit der Bundesrepublik folgen wird. Was das Euratom-Projekt anbetrifft, so werden die Brüsseler Verhandlungen aufmerksam verfolgt, aber fürs erste scheinen offizielle Kreise in London ihre Reserve nicht aufgeben zu wollen, obwohl sie dem Projekt jetzt vielleicht mit mehr Sympathie gegenüberstehen als noch vor einem halben Jahr.

Britische Mitarbeit entscheidend

Diese aus politischer Vorsicht geborene Zurückhaltung wird keineswegs überall in England geteilt. Manche Wirtschaftskreise fühlen, daß Englands Mitarbeit, wenn auch

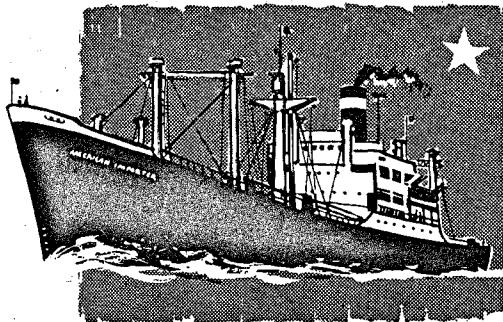
notwendigerweise von einer Sonderstellung aus, für den Erfolg des Euratom-Projekts schlechthin entscheidend ist und im jetzigen Frühstadium der Verhandlungen auch keine Risiken mit sich brächte; bekundete England deutlicheres Interesse, so würde dies vielleicht jenen Kreisen auf dem Kontinent den Rücken stärken, die eine allzu straffe überstaatliche Organisation, wie sie von kleineren Ländern gewünscht wird, als zumindest verfrüht ablehnen. Aber den meisten britischen Beobachtern scheint grundsätzlich ein Versuch, europäische Zusammenarbeit auf dem Wege über die OEEC zustande zu bringen, mehr Erfolg zu versprechen. Dieser Weg würde den allen Engländern unangenehmen Zwang zur Stellungnahme in einem inner-europäischen Konflikt vermeiden — man denkt da besonders an das Echo auf die französischen Verzögerungstaktiken und an die Frage der Verbindung mit einem gemeinsamen Markt.

Auch in der Atomwirtschaft sind die Engländer empirisch vorgegangen und haben formelles Planen weitgehend vermieden, was sich im großen und ganzen bewährt hat und jedenfalls kaum Zeitverluste bedingte. Das langfristige Atomkraftwerksprogramm dürfte, gerade wegen der laufenden Erfolge, noch manche Revision erfahren, zumal ja auch der Kapitalbedarf im Lichte wachsender Erkenntnisse und Erfahrungen mit dem Finanzaufwand für andere, national nicht minder wichtige Zwecke abgestimmt werden muß. Das Problem der Finanzierung wird in kontinentalen Län-

dern eher noch größere Schwierigkeiten machen als in England, wo Atomkraftwerke schon in fünf Jahren einen Beitrag zur Energieversorgung leisten werden, der Zeitfaktor also weniger ins Gewicht fällt, und andererseits die Finanzierung der Zwischenlösung für die Schließung der Energielücke, der Ausweitung der Erdölraffination, vollständig den privaten, zum großen Teil mit amerikanischem Kapital arbeitenden Erdölkonzernen überlassen werden kann.

Organisationsfragen sind zweitrangig

Solchen praktischen Problemen der Finanzierung, der Brennstoffversorgung und der Abstimmung mit anderen Energiequellen über eine längere Übergangsperiode gebührt nach englischer Auffassung der Vorrang vor Organisationsfragen. Sähen die an dem Euratom-Projekt direkt beteiligten Staaten hier klarer, würden auch die britischen Behörden es leichter finden, sich über ihre mutmaßliche Rolle in der europäischen Atomwirtschaft klarzuwerden. Englands technische Erfahrung steht den europäischen Ländern zur Verfügung, wie die bisher getroffenen zweiseitigen Abkommen und Englands Mitarbeit an internationalen Konferenzen beweisen. Diese Abkommen sehen den Austausch von Informationen, die Zulassung ausländischer Wissenschaftler und Techniker zu britischen Atomstationen, Hilfe bei der Konstruktion und Errichtung von Meilern, Entsendung von Sachverständigen und Lieferung bestimmter Mengen von Kernbrennstoffen vor. Derartige Leistungen



Frachtschnelldienste nach den USA

NACH NEW YORK, BOSTON, PHILADELPHIA, BALTIMORE UND HAMPTON ROADS

WÖCHENTLICHE ABFAHRTEN VON HAMBURG, BREMEN UND BREMERHAVEN

WEITERE DIENSTE VON DEN BENELUX-HAFEN, ENGLAND UND FRANKREICH

SOUTH ATLANTIC LINE NACH WILMINGTON, CHARLESTON, SAVANNAH,

JACKSONVILLE, PORT EVERGLADES



HAMBURG,
BALLINDAMM 1, TEL. 3216 71
BREMERHAVEN,
BAHNHOFSTR. 28/30, TEL. 215 61
BREMERHAVEN,
COLUMBUS-KAJE, TEL. 69 51

United States Lines

könnten auch gemischten europäischen Unternehmen auf der Basis der Gegenseitigkeit zugesichert werden. Bei den Brüsseler Verhandlungen wird diese Tatsache vielleicht von Vorteil sein. Angesichts der großen noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten

zwischen den beteiligten Regierungen glauben aber Beobachter in London, daß die britische Regierung die Verhandlungen am besten durch Konzessionen auf ganz anderen Gebieten, vor allem auf dem Gebiet der Zollpolitik unterstützen kann. (A.)

BENELUX: Mitarbeit unter belgischer Führung

Brüssel, 14. Juli

Von den Beneluxländern ist zweifellos Belgien am aktivsten in der Frage der Atomenergie. Nationale — besser koloniale —, kohlenwirtschaftliche Gründe und nicht zuletzt das Streben einer Persönlichkeit haben dazu geführt. Der belgische Kongo hat das Uran für die auf Hiroshima abgeworfene erste Atom-bombe gestellt und gilt heute noch als weitaus größter Uranlieferant der Welt. Kohlenwirtschaftlich befindet sich Belgien von allen sechs Ländern der Montanunion in der heikelsten Lage, nicht nur infolge der schwierigen geologischen Verhältnisse der Kohlenlager, die zur Gewährung einer bis heute andauernden Subventionierung der belgischen Kohlenwirtschaft durch Ruhr und Holland führten, sondern mehr noch durch das Fehlen inländischer Arbeitskräfte für die Gruben. Dazu kommt die überragende Rolle, die Belgiens jetziger Außenminister Henri Spaak in den europäischen Integrationsbemühungen und nicht zuletzt als Vorkämpfer für das Euratom-Projekt spielt.

Die beiden anderen Beneluxländer, Holland und Luxemburg, haben sich bisher der belgischen Führung in der Atomfrage — von einigen privatwirtschaftlichen Vorbehalten in Holland abgesehen — willig untergeordnet. Luxemburg interessiert sich sichtlich mehr an Zugeständnissen für seine Landwirtschaft und an der Frage der Moselkanalisierung als an Atom- und Energieproblemen, und Holland hat sich z. B. im März auf der Tagung der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion in Brüssel entschieden für die Atom- und Energiegemeinschaft ausgesprochen, wenn auch Staat und Wirtschaft bescheidene Mittel für eine eigene Atomforschung bereitgestellt haben. Betont wird von

holländischer Seite die Notwendigkeit der Gleichberechtigung in der Ländergemeinschaft bei der Verwendung der Atomenergie. Übernationale Behörden sollen eine unterschiedliche Versorgung auf allen Energiegebieten verhindern.

Der belgische Anspruch

Obwohl in den Großreferaten Henri Spaaks theoretisch derselbe Gesichtspunkt vertreten wird, macht Belgien in der Praxis alle Anstrengungen, in der Entwicklung der Atomenergie die führende Rolle innerhalb der Montanunion zu spielen und seine Handlungsfreiheit in bezug auf die Abgabe des Kongo-Urans zu bewahren. Die im Vorjahr erfolgte Verlängerung des belgisch-amerikanischen Uranvertrages wie die in diesem Jahre getroffene Vereinbarung mit England beeinträchtigen zweifellos das Gleichberechtigungsprinzip, das die anderen Montanunionländer in der Atomfrage anstreben. Vorsichtig auf der Tagung der Gemeinsamen Versammlung und in Straßburg, aber offener im belgischen Parlament und in der belgischen Presse wird ein „place de choix“ für Belgien innerhalb einer Energiegemeinschaft der Montanunionländer gefordert. Mit staatlicher Unterstützung baut eine von den belgischen Großbanken und einschlägigen Industriefirmen gegründete Gesellschaft bei Antwerpen den ersten Atomreaktor, zugleich ein Atomkraftwerk, das zuerst innerhalb der Brüsseler Weltausstellung 1958 konstruiert werden sollte, aber auf Protest der Anlieger auf das Land verlegt werden mußte. Die belgische Industrie hat weiter ein „Syndicat d'étude de l'énergie nucléaire“ gebildet, die hauptsächlich Elektrizitätsfirmen des Landes haben ein „Syndicat d'étude des Centrales atomiques“ (SECA)

gegründet, das wiederum auf der Grundlage des belgisch-amerikanischen Atomvertrages mit großen amerikanischen Atomenergieunternehmen zusammenarbeitet. Als dritte Neugründung wurde eine „Association belge pour le développement pacifique de l'énergie atomique“ errichtet, die sich vor allem der Ausbildung von Atomtechnikern, nicht zuletzt durch Austausch mit Amerika, widmet.

Zusammenarbeit mit den USA

In bezug auf die Finanzierung der Entwicklung der Atomenergie wie in bezug auf die Frage, ob die Atomwirtschaft privat- oder gemeinschaftlich aufgebaut werden soll, gehen die Meinungen in den Beneluxländern auseinander. Auch von Staat zu Staat scheinen Meinungsverschiedenheiten zu bestehen, die wohl im Laufe der Ausformung des Euratomvertrages, mit der z. Zt. die sogenannten Messina-Kommissionen in Brüssel beschäftigt sind, stärker zutage treten werden. Man scheint in Belgien auch in den Kreisen um Spaak nicht geneigt, auf amerikanische Investitionshilfen zugunsten einer Montan-Investitionsgemeinschaft mit Monopolcharakter verzichten zu wollen. Vor allem die Großbanken, aber auch der belgische Industriellenverband sind starke Gegner jeder gemeinschaftlichen Ordnung der Atomwirtschaft.

Das gilt, und in diesem Falle auch für Holland, noch mehr für die Zusammenfassung und den Ausbau der „klassischen Energieversorgung“. Sowohl die belgischen wie die holländischen Verbände der Elektrizitätserzeuger — in denen auch kommunale und provinzielle Gesellschaften vertreten sind — haben Entschlüssen gegen staatskontrollierte Zwangszusammenschlüsse gefaßt, die die Elektrizitätsversorgung „integrieren“ sollen. Man weist darauf hin, daß die bestehende private Vereinigung, die auch Deutschland, Italien und Frankreich einbezieht, die „Union Internationale des producteurs d'énergie“, durchaus in der Lage ist, die notwendigen Energieimporte und -exporte zu veranlassen. Dazu kommt, daß bisher weder in Belgien noch in Luxemburg und Holland Schwierigkeiten bei

der privaten Kapitalbeschaffung für Modernisierung und Ausbau der Energieversorgung entstanden sind. In Belgien werden über 80 % des Stroms von privaten Werken (Selbstversorger und Stromverkäufer) geliefert, und die Investitionen der Energiewirtschaft stammen zu 83,3% aus privaten und nur zu 16,7% aus öffentlichen Geldern. In Holland ist der Anteil der öffentlichen Wirtschaft wesentlich stärker, aber auch diese (d. h. die Kommunen) legt großen Wert auf ihre Selbstständigkeit. Verfechter einer gemeinwirtschaftlichen, integrierten Energiewirtschaft ist in beiden Ländern eigentlich nur der Teil der Gewerkschaften, der den sozialistischen Parteien nahesteht — wobei zu berücksichtigen ist, daß in Belgien, Holland und Luxemburg eine sehr starke christliche Gewerkschaftsbewegung besteht. Diese lehnt eine „Sozialisierung“ der Energiewirtschaft ab.

Energielücke wird nicht dramatisiert

In der Wirtschaft selbst beschäftigt man sich kaum mit der Frage, ob eine „Energielücke“ entstehen könnte, bevor die Atomenergie ausreichend entwickelt ist. Das liegt nicht zuletzt daran, daß Antwerpen und Rotterdam Haupteingangshäfen für Erdöl sind und man so leicht in der Lage ist, sich von Kohle auf Heizöl umzustellen. Auf der anderen Seite wird von belgischen Politikern und Wissenschaftlern, die Belgien einen ersten Platz in der Atomwirtschaft sichern wollen, gewiß das nordamerikanische statistische Material wie das der OEEC und der Montanunion über zukünftigen Energiemangel propagandistisch verwertet. Aber im Grunde macht es wenig Eindruck. Auch der „Einführende Bericht über das europäische Energieproblem“, den der Belgier Pierre Wigny für die Euratom-Beratungen der Montanunion verfaßt hat, wurde von der

Wirtschaftspresse nur mit vielen Vorbehalten behandelt. (Übrigens mit Recht: er ist lückenhaft und einseitig.) Soweit sich Technik, Wissenschaft und Wirtschaft mit der „Energielücke“ beschäftigen, arbeitet man nur in Belgien ausschließlich auf die Atomenergie hin. Das kleine Luxemburg glaubt mit den bei der Moselkanalisierung anfallenden neuen Wasserkraft-

werken auszukommen, in Holland arbeitet man ernsthaft an Projekten der Krafterzeugung durch Ebbe und Flut im Rahmen des „Deltaplanes“, des Riesenprojekts der Eindeichung von Schelde und Zuidersee. Ob optimistische Behauptungen über größere Erdgasvorkommen in Holland zutreffen, ist im jetzigen Zeitpunkt noch nicht zu überblicken. (P. H.)

FRANKREICH: „Politische Idee steht im Vordergrund“

Paris, 13. Juli

Weshalb es Frankreich war, das die Initiative zur europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) ergriff und so stark auf die Verwirklichung dieses Planes drängt, ist nicht ohne weiteres ersichtlich. Schließlich verfügt es über einen gewissen wissenschaftlichen Vorsprung und über eine Atomorganisation, die zwar hinter derjenigen der USA oder Großbritanniens erheblich zurückbleibt, die sich aber immerhin international sehen lassen kann. Augenblicklich stehen für die Atomforschung im weitesten Sinne aus staatlichen Mitteln 600 Mill. DM jährlich zur Verfügung. Nicht unwichtig ist der Umstand, daß Frankreich wahrscheinlich den eigenen Bedarf an radioaktiven Metallen innerhalb der Französischen Union zu decken vermag. Die Gründe, die das Land trotzdem eine europäische Atomgemeinschaft fordern ließen, sind verschiedener Art. Eine erhebliche Rolle spielten hierbei wenige Persönlichkeiten, mit dem international bekannten Louis Armand an der Spitze. Ihnen ging es um die Sache, ohne Berücksichtigung nationaler Sondervorteile. Sie erkannten, daß kein kontinentaleuropäischer Staat allein in der Lage ist, den Atomvorsprung der USA und der Sowjetunion mit der erforderlichen Geschwindigkeit aufzuholen. Die Eu-

ratom entstand zunächst als Idee und als politische Zielsetzung. Erst im Anschluß daran bemühte man sich, sie mit den nationalen Interessen vereinbar zu machen.

Mangel an Atombrennstoffen

Diese nationalen Interessen beginnen mit der Versorgung mit Kernbrennstoffen. Frankreich erzeugt kein angereichertes Uranium; seine Reaktoren arbeiten mit normalem Uranium, das unmittelbar in Plutonium verwandelt wird. Diese Methode ist unter dem Gesichtspunkt der Forschung durchaus vertretbar, für die Energieerzeugung jedoch von zweifelhafter Rentabilität.

Eine weitere französische Schwäche liegt in der Armut der bisher entdeckten Uraniumerzlager. Ohne Zweifel ist das französische Uranium kostspieliger als das belgische oder das australische. An Zukunftshoffnungen innerhalb der Französischen Union mangelt es zwar nicht; niemand vermag jedoch genau vorzusagen, wann sie sich konkretisieren werden. Das große Aktivum ist übrigens nicht Uranium, sondern Thorium, dessen industrielle Verwertung für die Energieerzeugung jedoch sowohl erhebliche Plutoniumvorräte als auch eine fortgeschrittene Plutoniumtechnik voraussetzt. Es ist kein Zufall, wenn die französische For-

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 341015
22 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL



Hanseatischer Afrika Dienst

Gemeinschaftsdienst der Reedereien

H. M. GEHRCKENS HAMBURG

FRANZ L. NIMTZ HAMBURG

Regelmäßige Fracht- und Passage-Gelegenheit

VON HAMBURG / BREMEN NACH WESTAFRIKA

schung stärker als diejenige anderer Länder auf Plutonium konzentriert ist und Frankreich augenblicklich im Laboratoriumsstadium ein international an der Spitze stehendes Verfahren für die Herstellung von Plutonium auf chemischem Wege anzubieten hat. Es bleibt aber ungewiß, zu welchem Zeitpunkt Thorium tatsächlich für die Energieerzeugung eingesetzt werden kann. Daher das französische Interesse an der Isotopentrennung und an der Einbringung wenigstens eines Teiles des belgischen Kongo-Uraniums in den gemeinsamen Markt.

In der zukünftigen europäischen Verteilung von Kernbrennstoffen sieht man kein Problem. Praktisch gehen alle beteiligten Länder vom Nullpunkt aus. Zwei kollektiv nach den Regeln der Gleichberechtigung auszuwertende Quellen werden zur Verfügung stehen: die europäische Isotopentrennungsfabrik und das amerikanische Angebot für angereichertes Uranium (vorläufig 20 000 Kilogramm für die freie Welt). Man glaubt annehmen zu dürfen, daß die in absehbarer Zukunft verfügbaren Mengen an Kernbrennstoffen zur Befriedigung des gesamten technisch möglichen europäischen Bedarfs ohne weiteres ausreichen, zumal man mit amerikanischer Unterstützung rechnen darf. An der Plutoniumforschung würde gemeinsam energisch weitergearbeitet werden, so daß man zur Ausweitung der Brennstoffversorgung nach der Isotopentrennungsfabrik eine chemische Plutoniumfabrik errichten könnte.

Das strategische Problem

Die öffentliche Diskussion um die Euratom dreht sich übrigens viel weniger um diese technischen und wirtschaftlichen Fragen als um das politische Problem der strategischen Ausnutzung der Atomenergie. Ein erstes Fehlurteil konnte inzwischen

richtiggestellt werden: Die friedliche Atomausnutzung schließt keineswegs die Motorenforschung aus, sondern lediglich die unkontrollierten Explosionen, d. h. einzig und allein die Atombombe oder die Atomgeschosse. Die Sachverständigen in Brüssel wollten diese Frage weitgehend offen lassen; aktuell geworden war sie durch die Initiative Monnets, der auf Wunsch der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften für die europäische Gemeinschaft den endgültigen Verzicht auf die Atomwaffenherstellung forderte. Das lag um so näher, als kurz vorher die damalige französische Regierung unter Ministerpräsident Faure den Beschluß gefaßt hatte, bis auf weiteres auf die Atombombenherstellung zu verzichten. Als Gegenargument macht man geltend, daß man die Entwicklung der Strategie nicht voraussehen könne und daß es vielleicht in zehn oder zwanzig Jahren nur noch Atomwaffen geben werde. Der geplante Verzicht führe daher zu einer politischen Abdankung, die Frankreich nicht hinnehmen wolle. Der Streit hat vorwiegend innerfranzösischen Charakter, denn die französischen Sozialisten gaben zunächst bekannt, sie würden den Euratom-Vertrag ohne Verbot der Atomwaffen nicht ratifizieren. Von dieser Haltung sind sie inzwischen abgekommen. Soweit Spaak Kompromißvorschläge unterbreitete, geschah es viel weniger im Hinblick auf die Brüsseler Verhandlungen als zur Überbrückung der Spannungen innerhalb der französischen Regierung. Man wird sich wohl darauf einigen, in den nächsten vier bis fünf Jahren keine Atombomben zu erzeugen. Nach dieser Frist erhalten die einzelnen Regierungen ihre Entscheidungsfreiheit zurück, wobei für Deutschland zunächst die in den Pariser Verträgen festgelegten Einschränkungen fortbestehen sollten. Unabhängig hiervon darf es

als höchst unwahrscheinlich gelten, daß Frankreich 1961 eine Atombombe herstellen wird. Nach augenblicklichen Berechnungen kostet die erste Bombe mindestens 600 Millionen DM. Eine derartige Ausgabe kann sich das Land um so weniger leisten, als sie in keinem Verhältnis steht zu den zu erhoffenden Ergebnissen. Die Diskussion geht übrigens ausschließlich um den Grundsatz oder, besser gesagt, um die Bewahrung der strategischen Souveränität, und wenig um praktische Entscheidungen.

Über die Dringlichkeit der Atomentwicklung zur Überwindung der Energielücke ist man sich in Frankreich seit langem im klaren. Schon der erste und der zweite Modernisierungsplan des Landes empfahlen eine expansionistische Energiepolitik, der dritte Plan, augenblicklich in Vorbereitung, geht in dieser Richtung noch weiter, so daß gute Aussicht besteht, im nationalen Rahmen zumindest bis 1965 die Energielücke zufriedenstellend zu schließen. Die Leistungsfähigkeit der Erdölraffinerien soll z. B. bis zu diesem Zeitpunkt von augenblicklich 30 Mill. auf 60 Mill. t gebracht werden, während man schon bis 1961 mit einer Zunahme der elektrischen Energieerzeugung um fast 50 % auf über 70 Mill. kWh rechnet. Frankreich ist das erste Land, das mit der Auswertung der Gezeitenenergie begann. Ein Kraftwerk mit einer Jahresleistung von 800 Mill. kWh befindet sich augenblicklich im Bau. In privaten Kreisen trägt man sich außerdem mit dem Gedanken, auf europäischer Grundlage die sehr billige Wasserkraft Jugoslawiens auszunützen und für ihren Transport ein mit geringen Stromverlusten arbeitendes Hochspannungsnetz von 400 000 Volt zu errichten. Diese Vorstellungen werden allerdings von Louis Armand nicht geteilt. Er gibt der Schaffung neuer europäischer Fabriken in der

Nähe der Energiequellen den Vorzug, d. h. in beschränktem Ausmaße in Norwegen und in größerem Stil in Zentralafrika, wo demnächst die erste europäische Aluminiumfabrik entstehen soll. Jedenfalls setzt sich auch in der französischen Wirt-

schaft mehr und mehr die Überzeugung durch, daß die sich aus der Energieversorgung im weitesten Sinne ergebenden Probleme in Zukunft nur noch durch europäische Gemeinschaftsaktionen gemeistert werden können. (fr.)

ITALIEN: Hoffnung auf Schließung der Energielücke

Rom, 12. Juli

Für Italien rückt das Problem der Atomenergie als neuer Kraftquelle immer mehr in den Vordergrund, ja es ist eines der Probleme, deren Lösung voraussichtlich sehr bald schon eine „conditio sine qua non“ für die wirtschaftliche Weiterentwicklung des Landes darstellen dürfte. Aus einer Untersuchung, die für die im August 1955 in Genf abgehaltene „Internationale Konferenz betreffend die friedliche Nutzung der Atomenergie“ ausgearbeitet worden war, geht hervor, daß der Verbrauch elektrischer Energie von rund 35 Mrd. kWh 1954 bis zum Jahre 1975 auf 100 bis 150 Mrd. kWh steigen dürfte. Andererseits läßt sich die Erzeugung hydroelektrischer und geothermischer Energie aller Voraussicht nach kaum über 50 Mrd. kWh steigern, eine Ziffer, die etwa bis 1965 erreicht sein wird. Es bliebe noch der Ausweg über die herkömmlichen Energiequellen (Erdöl, Erdgas etc.), doch werden auch hier für die weitere Zukunft beträchtliche Schwierigkeiten vorausgesehen, die schließlich keine Steigerung der Stromerzeugung mehr zulassen. Während also Italien noch bis 1960/65 imstande wäre, seinen Bedarf an elektrischer Energie durch Eigenerzeugung einigermaßen zu decken, wird es sich ab 1965 auf entscheidende Ein-

schränkungen gefaßt machen müssen, wenn es ihm nicht in der Zwischenzeit gelingen sollte, die Lücke durch Atomenergie auszufüllen.

So sind schon von vornherein alle Bedenken hinfällig, wonach der Bau von Kraftwerken, die mit Atomreaktoren arbeiten, zu Investitionen führt, die sich angesichts der erheblichen Spesen als unwirtschaftlich erweisen könnten. Ganz abgesehen davon wird von zuständiger Seite darauf hingewiesen, daß im Hinblick auf die Kosten, die in Italien die Herstellung von thermischer Energie verursacht (sie betragen immerhin das Doppelte des für die USA geltenden Satzes und weisen eine steigende Tendenz auf), der Preis atomarer Energie in jeder Hinsicht „konkurrenzfähig“ sein sollte, sobald die entsprechenden Großerzeugungsanlagen gebaut werden können.

UNO — OEEC — Montanunion?

Es ist darum nur allzu verständlich, wenn Italien allen mit der Erzeugung von atomarer Energie zusammenhängenden Problemen und insbesondere allen überstaatlichen Gemeinschaftslösungen das größte Interesse entgegenbringt. Von den drei Möglichkeiten, die sich in diesem Zusammenhang ergeben, nämlich einer Lösung im Rahmen der UNO, im Rahmen der

OEEC oder schließlich auf dem Wege eines Gemeinsamen Marktes im Rahmen der Montanländer („Euratom“), wird von der italienischen Regierung letzterer der Vorzug gegeben, insofern als sie sich auf eine schon bestehende Organisation berufen kann, obwohl vielleicht von der Wirtschaft die OEEC-Lösung wegen ihres liberalen Grundtons als zweckmäßiger erachtet wird.

Während jedoch bei Schaffung der Montanunion vor allem der wirtschaftliche Aspekt maßgebend war, fällt bei der Euratom der politische Gesichtspunkt aus offensichtlichen Gründen wesentlich mehr ins Gewicht, weil es darum geht, Vorkehrungen zu treffen, die alle Mitgliedstaaten vor eventuellen „Überraschungen“ zu schützen hätten. Auf italienischer Seite ist man allerdings in dieser Beziehung der Ansicht, daß sich ohne allzu große Schwierigkeiten eine für alle Teile einigermaßen zufriedenstellende Lösung finden ließe, insofern als man sich schon jetzt in der Nato zur Verfolgung der gleichen Ziele zusammengefunden hat. Es ginge also im wesentlichen darum, allgemein anerkannte Richtlinien in ihrer Anwendung den neuen Verhältnissen anzupassen, Reibungen zwischen den Montanländern zu verhindern und dafür zu sorgen, daß tatsächlich alle Maßnahmen getroffen werden, die das Übergewicht eines einzelnen Staates auf politischem oder militärischem Gebiet verhindern.

Zuviel Organisation ist schädlich

Abgesehen davon ist festzustellen, daß die Anwendungsmöglichkeiten der Atomenergie noch nicht übersehen werden können, so daß es vorerst unmöglich erscheint, eine Regelung auszuarbeiten, die



FOREIGN EXCHANGE BANK

THE BANK OF TOKYO, LTD.

HEAD OFFICE: NIHOMBASHI, TOKYO, JAPAN
HAMBURG OFFICE: HAMBURG 1, BALLINDAMM 36, WEST GERMANY, Tel.: 33-1281/1284

mehr als bloße Richtlinien enthält. Diese Tatsache fällt allerdings nicht so sehr beim politisch-militärischen als beim nationalwirtschaftlichen Gesichtspunkt ins Gewicht. Es besteht nämlich die große Gefahr, daß etwaige überstaatliche Verpflichtungen oder Schranken eines Tages gegebenenfalls die Entwicklung hemmen könnten, anstatt sie zu fördern.

Wir leben in einer Zeit, in der die Tendenz besteht, alles auf internationaler Ebene regeln zu wollen. Im Falle der Montanunion war dies durchaus gerechtfertigt und hat dazu beigetragen, die Versorgung der 6 Mitgliedstaaten mit Kohle und Eisen zufriedenstellend zu gestalten, was aber nicht bedeutet, daß ein „Pool“ sich stets als erfolgreich erweisen wird. So war seinerzeit ein Erdölpool vorgeschlagen worden, der sich um die Belieferung und Verarbeitung von Erdöl bei den einzelnen Mitgliedsländern hätte kümmern sollen; das entsprechende Projekt ist dann allerdings bald in Vergessenheit geraten, weil „de facto“ schon durch die Privatwirtschaft eine zwischenstaatliche Arbeitsgemeinschaft geschaffen worden ist, die jede supranationale Regelung überflüssig macht.

Man wünscht als erstes den Austausch von Forschungsergebnissen und Informationen, gegebenenfalls von Erfindungen und Patenten, soweit dies durch die Umstände gerechtfertigt erscheint. Was hingegen die Investitionstätigkeit betrifft, ist man in interessierten Kreisen Italiens der Ansicht, daß — wie die Erfahrung gezeigt habe — die Privatwirtschaft ein viel größeres Feingefühl für den Energiebedarf eines Landes hat, als eine staatliche oder überstaatliche Autorität es je haben könnte, so daß es grundsätzlich unzweckmäßig wäre, hier dirigistisch vorgehen zu wollen. Dasselbe Prinzip dürfte auch im Hinblick auf die Errichtung von Gemeinschaftsunternehmen, die Versorgung mit Kernbrennstoffen und deren Kontrolle Anwendung finden.

Private Initiativen

Tatsache ist, daß die italienische Großindustrie (Edison, Montecatini und Fiat) bereits Schritte unter-

nommen hat, um gegebenenfalls in einem späteren Zeitpunkt für die Nutzung der Atomenergie für privatwirtschaftliche Zwecke gerüstet zu sein, und zwar nicht nur auf wissenschaftlichem Gebiet, sondern auch mit Atomkraftwerken. Der italienische Staat hat sich bisher im Hinblick auf diese Bemühungen in wohlwollendes Schweigen gehüllt, zumal er es offenbar noch für verfrüht hält, ein entsprechendes Gesetz auszuarbeiten. So ist der Spielraum, in dem sich die italienische Industrie zur Zeit entwickeln kann, recht weit gesteckt; und er wird sich als besonders fruchtbar erweisen, sobald das Abkommen mit den USA über den Ankauf der Ausrüstung für Atomkraftwerke

unter Dach ist, vorausgesetzt, daß die Befürchtungen hinsichtlich des künftigen italienischen Kernenergiegesetzes nicht vorzeitig eine Bremswirkung ausüben.

Es ist durchaus verständlich, daß Italien, das nach dem letzten Weltkrieg ein Vorkämpfer des Wirtschaftsliberalismus geworden ist und damit die besten Erfahrungen gemacht hat, auch in der Frage der Euratom auf seinen Anschauungen beharrt. Da es immerhin so aussieht, als ob auch in den anderen Montanländern eine derartige Auffassung an Bedeutung gewinnt, ist es nicht ausgeschlossen, daß man unter diesen Voraussetzungen schon bald zu einem Einverständnis kommt. (G. F.)

Euratom und die europäische Einheit

Es gilt als eine Binsenwahrheit, daß die Kunst der Politik darin bestehe, das Erreichbare intuitiv zu erfassen und durchzusetzen. Wie alle Binsenweisheiten verkündet auch diese nur eine halbe Wahrheit. Gewiß darf der Politiker bei der Verfolgung seines Endzieles das Erreichbare nicht übersehen. Aber er darf sich auch durch das Erreichbare nicht verführen lassen. Wenn das Erreichbare durchgesetzt ist, entpuppt es sich leider nur allzu häufig als eine Belastung auf dem Wege zum Endziel. Manchmal sollte man auch den Mut haben, das Erreichbare zu verschmähen.

Der Weg zum Vereinten Europa ist durch viele verpaßte Gelegenheiten gekennzeichnet. Aber im Politischen zählen sie nicht mehr. Wollte man sie beweinen, würde man nur den Blick für die gegenwärtige Konstellation trüben. Wenn wir die Lage realistisch beurteilen, so werden wir zugeben müssen, daß die politische Einigung Europas heute zu einem Fernziel geworden ist. Wir sehen aber klar, daß die künftige Entwicklung der Wirtschaft, die auf dem technischen Fortschritt fußt, zwangsläufig zur Großräumigkeit führen muß. Die Nationalwirtschaft entspricht nicht mehr den Anforderungen, die an Kapital und Arbeitskraft gestellt werden müssen, um die im Technischen und Wirtschaftlichen sich abzeichnenden Möglichkeiten auszuschöpfen, sie entspricht aber auch nicht mehr dem Bedarf, den ein moderner Produktionsapparat befriedigen kann und den er für rationelle Produktionseinheiten benötigt. So liegt für die europäische Einheit das Erreichbare zweifellos auf dem Gebiet der Wirtschaft. Und die hierfür notwendigen wirtschaftspolitischen Voraussetzungen werden die Einheit erzwingen.

Es ist aber fraglich, ob das, was sich auf dem Gebiet der Wirtschaft schon heute als erreichbar anbietet, dem Endziel wirklich dient. Wenn auf verschiedenen Wirtschaftssektoren, oder besser gesagt in verschiedenen Branchen, sich im Interesse einer Anzahl europäischer Staaten ein kartellartiger Zusammenschluß empfiehlt, so ist nicht bewiesen, daß damit der europäischen Sache gedient ist. Wir wollen die Zweckdienlichkeit der Montanunion, die bisher das einzige Erfahrungsobjekt darstellt, nicht bestreiten, es wäre aber kühn, behaupten zu wollen, daß sie uns dem europäischen Gedanken näher gebracht habe. Es läßt sich bezweifeln, ob der Grüne Pool oder die Euratom günstigere Ergebnisse aufweisen werden. Es ist eine Tragik, daß die Väter des Gedankens einer europäischen Einheit sich in der Errichtung von Zweckverbänden erschöpfen. Eine Vielzahl von Zweckverbänden schafft kein Europa. Denn Zweckverbände tragen in sich die Tendenz, durch kartellartige Abreden zu den alten Hürden neue zu errichten. Deshalb muß bei der Durchsetzung des Erreichbaren darauf geachtet werden, daß die allgemeinen wirtschaftspolitischen Voraussetzungen geschaffen werden, die das Endziel der europäischen Einheit zu fördern geeignet sind. (sk)